

**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

GZ: 5442/12-7/90

Bei Beantwortung bitte angeben.

An das
Präsidium des
NationalratesParlament
1010 W i e n

1014 Wien

Minoritenplatz 5

Postfach 104

Tel. (0222) ~~6630 DW~~

531 20 DW: 44 58

Sachbearbeiter: Dr. Hornig

Bund-Gesetzgebungsamt	
Zl.	29 GE 9/90
Datum:	21. MÄRZ 1990
Verteilt:	23. März 1990

H. Hornig

In der Anlage übermittelt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung 25 Exemplare seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird, zur Kenntnis.

Beilagen

Wien, 15. März 1990

Für den Bundesminister:

Dr. FRÜHAUF

F.d.R.d.A.
Hornig

**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

GZ: 5442/12-7/90

Bei Beantwortung bitte angeben.

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

1014 Wien

Minoritenplatz 5

Postfach 104

Tel. (0222) ~~68 20 03 33~~

531 20 DW: 44 58

Sachbearbeiter: Dr. Hornig

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme

Zu dem mit do. Zl. 35.401/3-2/90 vom 15. Februar 1990 übermit-
telten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ausländerbe-
schäftigungsgesetz geändert wird, nimmt das Bundesministerium
für Wissenschaft und Forschung wie folgt Stellung:

Die Erweiterung des Ausnahmenkatalogs vom Geltungsbereich des
zitierten Gesetzes in § 1 Abs.2 durch lit.h, i und j wird be-
fürwortet. In diesem Bereich wird daher auch für Angehörige von
"Oststaaten" eine Verwendung leichter.

Im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung, der besseren Über-
sichtlichkeit sowie der Klarheit der gesetzlichen Regelung ist
es zu begrüßen, daß Personengruppen, die bereits bisher durch
eine Verwaltungsverordnung vom Geltungsbereich ausgenommen
waren, nun in die gesetzlichen Ausnahmebestimmungen miteinbezo-
gen werden.

Die Aufnahme der Vertragsassistenten in diesen Personenkreis kommt den Interessen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung entgegen.

Daß die Novelle auch ausländische Ärzte und Pharmazeuten nicht mehr den Normen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes unterwirft, entspricht der bisherigen Verwaltungspraxis, die allerdings nur auf einer sehr großzügigen Interpretation des Gesetzestextes beruhte.

Wien, 15. März 1990

Für den Bundesminister:

Dr. FRÜHAUF

F.d.R.d.A.

